

ständig im Steigen begriffen. 1959 lag sie bei 2 378 572, wobei darauf hinzuweisen ist, daß in der Statistik nur die entschädigungspflichtigen Unfälle erfaßt werden, während unsere Statistiken (da bei uns alle Arbeitsunfälle, auch die leichten, meldepflichtig sind) sämtliche Unfälle enthalten.

Was in Westdeutschland zur Verhütung von Unfällen getan wird, ist absolut ungenügend. In der „Welt der Arbeit“ vom 5. August 1960 wird berichtet, daß die Unfallversicherungsträger nur 2,3 Prozent ihrer Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung der Unfälle und Berufskrankheiten verwenden.

Die Ursache dafür, daß kein Geld vorhanden ist, um die Arbeiter wirksam zu schützen, verschweigt die „Welt der Arbeit“ allerdings. Erinnern wir deshalb daran, daß die Mittel der westdeutschen Sozialversicherung nach den bereits zweimal praktizierten Gepflogenheiten des deutschen Imperialismus mit dazu verwendet werden, die Wahnsinnprojekte der deutschen Monopolisten und Militaristen, wie sie gegenwärtig in Westdeutschland in der ips Fieberhafte gesteigerten Ausrüstung zutage treten, zu finanzieren. Deshalb fehlen die Mittel für die Bekämpfung der Unfälle, deshalb keine vorbeugende Gesundheitsfürsorge, deshalb die „Rentenreform“, die infolge der Abschaffung der Mindestrenten zu Renten führt, die nur als Trinkgeld angesprochen werden können. Nach westdeutschen Quellen werden Monatsrenten von 14,15 DM, ja sogar von 4,15 DM gezahlt.

Förderung der werktätigen Frauen und Jugendlichen

Ein glänzendes Zeugnis der großen Überlegenheit unseres Arbeitsrechts gegenüber dem „Arbeitsrecht“ Westdeutschlands sind auch die Kapitel über die Rechte der Frau und die Rechte der Jugendlichen. Das 11. Kapitel des Entwurfs zeigt, wie durch die umfassenden Rechte der Frau im Arbeitsleben die Garantie für eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau gegeben ist. Es ist eben nur in der sozialistischen Gesellschaft möglich, wenn als Ausdruck wahrer Gleichberechtigung bestimmt wird, bei der Qualifizierung der Werktätigen vor allem die Frauen zu berücksichtigen, sie besonders für leitende Funktionen auf allen Gebieten zu entwickeln und sie bei ihrer Qualifizierung so zu unterstützen, daß sie ihre Weiterbildung ohne Beeinträchtigung der Erfüllung ihrer Aufgaben als Frau und Mutter erfolgreich abschließen können.

Die Beratung über den AGB-Entwurf in den Betrieben

Dieser Überblick zu einigen der wichtigsten Fragen des Entwurfs läßt die große historische und nationale Bedeutung des sozialistischen Arbeitsgesetzbuchs erkennen. Darauf muß auch die Diskussion immer wieder hingeführt werden, damit allen Werktätigen klar wird, daß das neue Gesetz ihren Interessen dient, daß es der Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse ist, daß es hilft, diese Macht zu stärken durch die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch die Förderung sozialistischer Beziehungen, sozialistischer Arbeitsmoral und -disziplin; daß es die umfassenden sozialen Rechte der Werktätigen sichert und dazu beiträgt, ihre materiellen und kulturellen Bedürfnisse immer besser zu befriedigen.

Das Arbeitsgesetzbuch wird damit zu einem wichtigen Instrument, die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR zu verwirklichen, denn es zeigt, wie im Bereich der Produktion die Grundfragen der Periode des vollentfalteten Aufbaus

des Sozialismus gelöst werden müssen. Es verdient daher zu Recht die Bezeichnung „Lehrbuch der Arbeitermacht.“

Wird die Diskussion in diesem Sinne geführt, dann wird es auch nicht schwer sein, die konkreten Fragen des Betriebes in die Aussprache einzubeziehen, z. B. festzustellen, wie es mit den Ständigen Produktionsberatungen aussieht, wie die Arbeitervorschläge bearbeitet werden, wie es um die Entwicklung sozialistischer Beziehungen bestellt ist. Als Ergebnis sollten dabei konkrete Maßnahmen und Verpflichtungen herauskommen, um die Schwerpunktaufgaben des Betriebes besser zu erfüllen, z. B. kontinuierliche Erfüllung der Pläne in allen Positionen, Senkung des Materialverbrauchs, Verbesserung der Qualität, je nachdem, worauf es im jeweiligen Betrieb besonders ankommt.

Die politische Massenarbeit der Justizfunktionäre

Wie können nun die Justizfunktionäre sich in dieses große Gespräch mit einschalten? Einmal sollten die guten Beziehungen der Richter und Staatsanwälte zu den Betrieben dazu genutzt werden, dort in der Diskussion mit aufzutreten, die Funktionäre der Betriebe anzuleiten und zu beraten. Vor allem sollten die Schöffen in die Erläuterung des Entwurfs mit einbezogen werden, denn ihre großen Erfahrungen in der Arbeit mit den Menschen, das Vertrauen, das sie bei ihren Kollegen genießen, sind gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Diskussion.

Wichtig ist auch, die Konfliktkommissionen zur Führung der Diskussion mit heranzuziehen. Die Konfliktkommissionen sind das von den Werktätigen gewählte Organ, das ihnen bei der Erziehung und Selbsterziehung zu einer sozialistischen Moral helfen soll, das mit beitragen soll zur bewußten und freiwilligen Einhaltung der Normen des sozialistischen Arbeitsrechts. Ihre aktive Teilnahme an der AGB-Diskussion wird ihre Stellung in den Betrieben stärken und ihnen selbst helfen, ihre Arbeit zu verbessern. Die Richter und Staatsanwälte haben in Vorbereitung der Wahl der neuen Konfliktkommissionen in vielen Betrieben über die Bedeutung und die Aufgaben der neuen Konfliktkommissionen gesprochen und nach der Wahl durch Schulung und Anleitung zur Festigung der Konfliktkommissionen beigetragen. Ihre Aufgabe ist es jetzt, die Konfliktkommissionen zu befähigen, die Diskussion über den Entwurf richtig zu führen.

Es ist in den ersten Stellungnahmen mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Diskussion keine Paraphendiskussion sein soll. Es wäre also verfehlt, ohne gründliche Erörterung der Präambel und der im 1. Kapitel geregelten Grundsätze eine von den gesellschaftlichen Zusammenhängen losgelöste Kommentierung der einzelnen Regelungen vornehmen zu wollen. Das ist aber nicht so aufzufassen, daß die einzelnen Fragen zu Paragraphen keine Beantwortung finden sollen. Wir müssen dem Arbeiter auf jede Frage eine Antwort geben, und zwar eine konkrete, politisch gut fundierte Antwort, damit er nicht nur erfährt, wie ein bestimmtes Problem geregelt ist, sondern auch, warum es gerade so fixiert ist. Führen wir die Diskussion deshalb grundsätzlich und konkret zugleich, führen wir sie so, daß sie zu einer Festigung unserer sozialistischen Demokratie, zur Höherentwicklung des sozialistischen Bewußtseins unserer Werktätigen, ihres Staatsbewußtseins und Klassenstolzes, zum bewußten schöpferischen Einsatz aller Kräfte und damit im Ergebnis zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität als der entscheidenden Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus führt.